

Ökumenische Nachrichten

Dr. 't Hooft zum „römischen Konzil“ Anlässlich einer Tagung evangelischer und katholischer Theologen in der Evangelischen Akademie zu Loccum vom 4.—7. Mai 1960 über ökumenische Fragen, an der auch der Generalsekretär der „Katholischen Konferenz für ökumenische Angelegenheiten“, Prof. Dr. J. Willebrands, Warmond, und Dr. theol. Albert Brandenburg, Paderborn, teilnahmen, machte der Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, Dr. Visser 't Hooft, bemerkenswerte Ausführungen über die Frage des „römischen Konzils“. Er sagte u. a., die öffentliche Diskussion darüber habe das Verlangen nach der Einheit der Kirche in der ganzen Welt erneut deutlich gemacht. Im Unterschied zu den ersten Ankündigungen des Konzils, die selbst von der katholischen Öffentlichkeit weitgehend als die Möglichkeit zu einem allgemeinen ökumenischen Gespräch gedeutet worden seien, habe sich später herausgestellt, daß dieses Konzil doch nur „eine innerkatholische Angelegenheit“ sein werde. Er bedaure diese Entwicklung keineswegs, denn man lebe heute in einer Zeit, in der von einer offiziellen Beratung der Frage nach der christlichen Einheit noch nichts zu erwarten sei. Wenn jetzt eine Einladung an den Weltrat der Kirchen gelangen werde [was Kardinal Tardini in seiner Pressekonferenz vom 30. Oktober als unwahrscheinlich erwies], so wäre es zweifelhaft, ob er zum Konzil gehen und die Einladung annehmen werde. Jedenfalls würde es nicht als Weltrat der Kirchen geschehen können, da dieser von keiner seiner Mitgliedskirchen zu einem derartigen Gespräch autorisiert sei (wie sich auch schon aus seiner Verfassung ergibt). Damit weist Dr. 't Hooft gewisse Anregungen zurück, die im vergangenen Jahre dem Papst nahelegten, sich mit dem Weltrat der Kirchen über das Programm des Konzils und seine Zusammensetzung ins Einvernehmen zu setzen (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 357). Auch müsse man bedenken, daß das neue interkonfessionelle Gespräch überhaupt erst im Anfang stehe und sich im wesentlichen auf einige europäische Kirchen beschränke.

Diese nüchterne Feststellung von Dr. 't Hooft entspricht den Tatsachen und ist zu begrüßen. Er fuhr in seinem Vortrag fort: dennoch gäbe es einige Hoffnungen der im Weltrat vereinigten Kirchen für das Konzil. Sie gelten einmal einer Klärung der Frage nach der Religionsfreiheit. Zum anderen müßte es nach dem Konzil leichter sein, in wesentlichen Fragen, etwa auch in denen, die Asien und Afrika betreffen, zusammenzuarbeiten. Dr. Visser 't Hooft schloß mit dem Wunsch, daß die „ökumenische Verwirrung“ in der katholischen Kirche, wie sie etwa nach Rhodos erneut deutlich geworden sei, aufhören möchte. Diesem Wunsche kann man nur beipflichten.

Meldungen aus der islamischen Welt

Fortsetzung der Islamisierungspolitik im Sudan

Die Islamisierungspolitik der sudanesischen Regierung, von der wir wiederholt berichteten (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 42f. 416f. 469f.; 12. Jhg., S. 64 413 ff.; 13. Jhg., S. 187), wird auch unter der Regierung des Militärdiktators Abboud fortgesetzt. Der Staatsstreich

vom November 1958, der Abboud an die Macht brachte, hat an den realen Verhältnissen im Lande nichts geändert, wenn man davon absieht, daß die parlamentarischen Institutionen abgeschafft wurden. Im Laufe des letzten Jahres stellte es sich heraus, daß der Staatsstreich Abbouds weniger auf eine radikale Änderung der politischen oder sozialen Verhältnisse gerichtet war, sondern allein das Ziel verfolgte, einige Offiziere an die Macht zu bringen, die an den Vorbildern Ägyptens, Syriens und des Irak gesehen hatten, daß es für die Armee eine Kleinigkeit ist, eine zivile Regierung abzusetzen.

Die muslimischen Orden

Die wichtigsten politischen Faktoren haben sich im Sudan nicht geändert, noch wurden sie von dem Staatsstreich betroffen. Der Sudan wird faktisch von zwei großen muslimischen Sekten (bzw. „Orden“ oder „Bruderschaften“) beherrscht, der heterodoxen *Ansar*, die aus der Erhebung des Mahdi hervorging und der dessen Nachfolger vorsteht, und der *Khatmia*. Diese beiden Orden, die bis vor kurzer Zeit noch einander bekämpften, sind über den ganzen nördlichen Sudan verbreitet und haben eine äußerst zahlreiche Anhängerschaft (die meisten muslimischen Sudanesen gehören irgendeiner Bruderschaft an, die *Ansar* zählen über 1,5 Millionen Mitglieder — soweit man orientalischen Zahlenangaben Vertrauen schenken darf). Die Bruderschaften bestimmen nicht nur das religiöse, sondern auch das politische Leben des Landes, da die politischen Parteien auf die ihnen angehörenden Wählermassen angewiesen sind. Die religiösen Führer halten sich zwar im Hintergrund, bestimmen jedoch die Politik der jeweiligen Regierung. Die britische Regierung hatte sich nach dem Aufstand des Mahdi (1881) bis 1917 auf die traditionellen Feinde der *Ansar*, die *Khatmia*, gestützt. 1917 änderte sich jedoch die Situation, da die *Ansar* nicht nur dem Aufruf des türkischen Sultans und Kalifen zum Heiligen Krieg gegen England nicht folgten, sondern selber zum Heiligen Krieg gegen den Kalifen aufforderten. Fortan stützte sich die englische Kolonialregierung auf die *Ansar* und deren religiösen Führer Abd el-Rahman el-Mahdi (den Sohn des Mahdi). Die *Khatmia* wandte sich dagegen nach dem zweiten Weltkrieg Ägypten zu und befürwortete eine sudanesisch-ägyptische Union, nicht zuletzt deshalb, weil sie befürchtete, der Mahdi Abd el-Rahman könnte sich auf Grund seiner religiösen Ansprüche zum König ausrufen lassen.

Politische Parteien

Die beiden großen politischen Parteien des Sudans waren zwar nach ihrer Konstitution säkulare politische Organisationen, in Wirklichkeit jedoch kaum etwas anderes als politische „Tochtergesellschaften“ der Orden. Der Präsident der Ummah-Partei war Sajed Siddik, der Sohn des Mahdi (jetzt dessen Nachfolger), das Haupt des *Ansar*-Ordens. Die *Khatmia* verbündete sich mit der Nationalen Unionspartei, die im Gegensatz zur Ummah als die Partei der fortschrittlichen Intellektuellen gilt. Sie gewann die Wahlen von 1953, doch konnte die Ummah-Partei einen Anschluß an Ägypten verhindern (die Machtergreifung Nassers wirkte auf viele Sudanesen abschreckend) und schließlich eine Koalition zwischen der Ummah und der Nationalen Unionspartei oder genauer eine politische An-

näherung zwischen den beiden Orden herbeiführen. 1958 erhielt die Ummah-Partei eine beachtliche Mehrheit im Parlament.

Der Staatsstreich von 1958 hatte die Auflösung der politischen Parteien zur Folge. Die Orden konnte General Abboud jedoch nicht auflösen. Er mußte sich vielmehr um die Billigung durch sie bemühen, was insofern schwierig war, als es zwei Orden gibt. Es wird allgemein angenommen, daß Abboud den Ansar nahestehende und der Khatmia in der Zusammensetzung seines „Kabinetts“ entgegengekommen sei. Der am Ende mißlungene Staatsstreich vom März 1959 soll nichts anderes als ein Versuch der Khatmia gewesen sein, die Zusammensetzung des Kabinetts zu korrigieren (nach einer anderen Version steht Abboud nur sich selbst nahe und geht nur notgedrungen auf die Wünsche der Orden ein).

Die Südprovinzen

Alle diese Vorgänge mögen für die politische Entwicklung im Sudan von entscheidender Bedeutung sein, sie werden jedoch die Politik der Regierung in den Südprovinzen in keiner Weise beeinflussen. Das Problem ist schließlich das gleiche geblieben: In den Südprovinzen leben 3 Millionen Neger, von denen 90% Heiden sind und etwa 10% Christen (200 000 Katholiken und 100 000 Protestanten), die keinerlei Beziehungen zu den muslimischen Nordprovinzen oder zu einem „sudanesischen Staat“ haben, nicht zuletzt deshalb, weil die meisten von ihnen nicht wissen, was ein Staat ist. Eng verknüpft, zum Teil auch identisch mit den Problemen der Südprovinzen sind die Probleme der christlichen Kirchen in diesem Land. Die englische Verwaltung hatte die Südprovinzen fast hermetisch gegen den Norden abgeschlossen, u. a. um ihre Bewohner gegen die muslimischen Sklavenjäger und gegen eine Ausbeutung durch die zivilisatorisch höherstehenden Nordsudanesen zu schützen. Die Trennung zwischen diesen beiden Gebieten war um so mehr berechtigt, als sie lediglich eine gemeinsame Territorialgrenze miteinander verband. Darüber hinaus hatten sie weder die Sprache noch die Religion noch eine Zivilisation gemeinsam. Die christlichen Missionen erhielten in den Südprovinzen ein Erziehungsmonopol, und was immer es in dieser Gegend an Zivilisation gibt, ist das Werk der Missionare.

Integration des Südens

Die sudanesische Regierung, die vor der Aufgabe stand, die Südprovinzen irgendwie in einem „sudanesischen Staat“ zu integrieren, fand hierzu keinen besseren Weg als den der Angleichung über die Religion, d. h. der Islamisierung. Die Bewohner des Südens dagegen erstrebten ein gewisses Maß an Autonomie und würden ihre Heimat lieber als Teil einer sudanesischen Föderation sehen. Bei den Wahlen von 1958 war es den Südsudanesen gelungen, 37 Sitze im Parlament zu erringen. Da das Parlament aufgelöst wurde, können sie heute ihre Forderung gegenüber der Regierung nicht mehr auf dem Weg über das Parlament geltend machen. Der Wert der parlamentarischen Vertretung war eher propagandistischer Art. Man konnte die Südsudanesen im Parlament nicht einfach ignorieren. Sie hätten jedoch die Regierung auf die Dauer nicht daran hindern können, die „kulturelle und nationale Einheit“ zwischen Süden und Norden auf administrativem Wege herzustellen.

Ausweisung von Missionaren

Um ihre Ziele im Süden zu verwirklichen, entschloß sich die Regierung zu einer Repressionspolitik gegenüber den Missionen, von denen angenommen wird, daß sie der Islamisierung im Süden im Wege stehen. Die Missionschulen wurden verstaatlicht (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 469), eine Anzahl Missionare ausgewiesen und die Einreise anderer nicht gestattet.

In den letzten vier Jahren wurden 20 Missionare ausgewiesen (NCWC 29. 2. 60). Die letzten Ausweisungen erfolgten im Februar dieses Jahres und betrafen vier italienische Priester. Zwei wurden de facto deportiert und zwar mit der Begründung, sie hätten sich der Verfügung der Regierung widersetzt, nach der der Freitag als gesetzlicher Ruhetag einzuhalten sei (im Süden, wo nur eine kleine muslimische Minderheit lebte und die heidnische Mehrheit ohnehin keinen Ruhetag kannte, war das bisher der Sonntag). Ein dritter soll den Koran verächtlich gemacht haben, der vierte war an einem Autounfall mit tödlichem Ausgang beteiligt.

Schulpolitik

Den Missionspriestern wird der Zugang zu den verstaatlichten Missionsschulen verwehrt. Sie dürfen in diesen Schulen auch keinen Religionsunterricht mehr erteilen, entgegen der offiziellen Erklärung des Erziehungsministers, „daß an allen Schulen die Möglichkeit zu einem Religionsunterricht, der Religion der Schüler entsprechend, geschaffen werden soll und daß die Kirchen in Zusammenarbeit mit den Schuldirektoren und den Erziehungsbeamten der Provinzen die Schulen hinsichtlich der geistlichen Bedürfnisse der Schüler beraten sollen“.

Die verstaatlichten Missionsschulen im Süden werde heute fast gänzlich von Muslimen kontrolliert. Heidnische Schüler erhalten im ersten Jahr nach der Aufnahme keinerlei Religionsunterricht, damit sie sich im folgenden Jahr unbeeinflusst zwischen Christentum und Islam entscheiden können. In der Praxis läuft das darauf hinaus, daß diese Schüler ein Jahr lang unter dem Einfluß muslimischer Lehrer stehen. Der Entschluß, einer der beiden Religionsgemeinschaften beizutreten, muß von den Eltern oder dem Lehrer schriftlich gebilligt und von den Bürgermeistern oder Stammeshäuptlingen bestätigt werden. Diese versuchen möglichst wenige Übertritte zum Christentum zu bestätigen, weil sie befürchten müssen, hierdurch die Gunst der höheren Regierungsorgane zu verlieren.

Es ist die erklärte Regierungspolitik, eine weitere Verbreitung des Christentums im Süden (im Norden ist das ohnehin unmöglich) zu verhindern. Ein höherer Regierungsbeamter äußerte sich zu dieser Frage wie folgt (zitiert nach NCWC 29. 2. 60): „Die Heiden hier haben keine Religion... Sie sind wie leere Flaschen, die man mit allem füllen kann... Ob sie mit Christentum oder Islam gefüllt werden, ist ihnen selber egal. Daher ist es besser, sie mit Islam zu füllen, der die Religion der Regierung ist... Die Regierung beabsichtigt nicht, irgend jemand zu verfolgen, aber wenn irgendwelche ihrer Schritte die Kirche zwingen würde, ihre Pforten an einem Ort zu schließen, so wird sie davor nicht zurückschrecken.“

Im Jahre 1959 wurde die Islamisierungspolitik der Regierung im Süden verstärkt. Es wurden auf Kosten der Regierung Moscheen errichtet und Schulen, in denen eine

muslimische Elite herangebildet wird, die die Bekehrung ihrer eigenen Stämme zum Islam vorantreiben soll. Zwei dieser Schulen wurden in den Provinzhauptstädten Wau und Juba errichtet, eine dritte in Malakal gebaut. Bei der Eröffnung einer dieser Schulen sagte Kamil Baghir, Assistent Director der Abteilung für religiöse Angelegenheiten (die im Sudan dem Justizministerium untersteht): „Die Nationalisierung der Erziehung war ein großer Schritt auf die kulturelle Einheit unseres Landes hin. Die christlichen Institutionen fanden unter dem Schutz des Kolonialismus jede Art Unterstützung und leichte Gelegenheit für ihre Tätigkeit . . . Doch jetzt, da wir unabhängig sind, werden wir nicht aufhören, bis wir die muslimische kulturelle Einheit erreicht haben, die wir suchen.“

„Sudanisierung“ der Kirchen

Einige sudanesishe Zeitungen befürworten in letzter Zeit eine „Sudanisierung“ der Kirchen. Dies würde bedeuten, daß 139 Missionspriester, 95 Laienbrüder und 198 Schwestern das Land verlassen müssen. Es würden dann nur noch 16 sudanesishe Priester und ein Bischof verbleiben.

Die Position der muslimischen Orden ist, was die Islamisierung des Südens betrifft, eindeutig. Nur würden es die Führer der Ansar lieber sehen, wenn dieses Werk ihnen selber überlassen bliebe. So erklärte das neue Oberhaupt der Ansar, Sajed Siddik el Mahdi, in einem Inter-

view: „Wir beabsichtigen, den muslimischen Missionaren die gleichen Möglichkeiten zu geben wie den christlichen Missionaren. Da die Mehrheit des Volkes muslimisch ist, scheint es natürlich, daß auch der Rest muslimisch wird. Doch eine der Pflichten der Nordsudanesen ist es, den Leuten im Süden vollkommene Freiheit zu geben . . . Die muslimischen Missionen sollten nicht von der Regierung, sondern von privaten muslimischen Körperschaften unterhalten werden“ — womit das Oberhaupt der Ansar wohl nur die Ansar meinen dürfte.

Obgleich die Reste des Heidentums im Süden des Sudans noch sehr stark sind (es gibt dort noch Stämme, die sich jeder Zivilisation mit Erfolg widersetzen und die lieber als Wilde leben), scheint die Islamisierung der Südprovinzen nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Wie und in welchem Umfang sich die Kirchen, die in jahrzehntelanger Arbeit die Sympathie und das Vertrauen der Südsudanesen gewonnen haben, sich dort behaupten können, ist noch nicht zu sagen. Die meisten muslimischen Sudanesen können im Christentum im Sudan nichts anderes sehen als Restbestände einer Epoche, in der der Sudan von Fremden beherrscht wurde. Es verdient jedoch festgehalten zu werden, daß die wenigsten Sudanesen Ressentiments gegen die Engländer hegen, denn die englische Verwaltung des Sudans war vorbildlich. Es ist aber für sie selbstverständlich, daß ein Sudanese Muslim zu sein hat. Sie werden im Laufe der Zeit kaum etwas unterlassen, was die Missionen zur Aufgabe ihrer Arbeit zwingen soll.

Die Stimme des Papstes

Die Osterbotschaft des Heiligen Vaters 1960

Vor mehr als 100 000 Menschen auf dem Petersplatz und über den vatikanischen Rundfunk, dem zahlreiche Rundfunkanstalten Europas und Amerikas sowie die Eurovision angeschlossen waren, hat Papst Johannes XXIII. am Ostersonntag, dem 17. April 1960, folgende Botschaft an die Gläubigen und die ganze Welt gerichtet:

Der große päpstliche Ostersegen von der äußeren Loggia der vatikanischen Basilika aus ist ein uralter Brauch, und Wir vollziehen ihn gern zur gemeinsamen Freude.

Ostern ist ein Festtag, ein außerordentliches Fest, das jedes andere des Kirchenjahres überragt: „Das Fest der Feste, die Feierlichkeit der Feierlichkeiten.“

Unser Vorgänger aus längst vergangener Zeit, der heilige Gregor, der erste dieses Namens in der Reihe der Päpste, die Wir groß unter den Großen nennen, rühmte das Osterfest als das erhabenste Hochzeitslied, um die mystische Vermählung des Fleisch gewordenen Gotteswortes mit der heiligen Kirche zu preisen. Er nannte das Fest das „Hohe Lied“ der ganzen Liturgie.

An diesem Ostertag ist es unsere innigste Freude, als gute Christen Jesus, den Erlöser, glorreich und unsterblich durch die Fülle der Zeiten, den Sieger über Tod und menschliche Bosheit, über die Bosheit der ersten Sünde des Menschen und alle Sünden der Welt, zu ehren. Wie sollten wir nicht dem Sohne Gottes und Mariens zutiefst dankbar sein, da Verzeihung durch die Kraft seines Blutes sogar für jene erfleht wurde, die ihn kreuzigten, genau so wie für die ganze sündige Menschheit, deren Schicksal wieder

emporgelenkt wurde und deren Heil und Erlösung über die Jahrhunderte hinweg durch ihn gesichert sind?

Das Leiden und das schmerzliche, erniedrigende Sterben Christi, dem wir in diesen Tagen mit bewegtem Herzen gefolgt sind, war jedoch ein glorreicher Streit. Daran wurden wir erinnert, als wir in der Osterliturgie im Triumphton gesungen haben: „Tod und Leben da kämpften seltsamen Zweikampf: Der Fürst des Lebens, dem Tode erliegend, herrscht als König und lebt.“

Geliebte Söhne, ihr wißt und spürt, dieser Kampf dauert auf Erden weiter an. Dessen sind wir alle Zeugen, und alle sind wir in diesem Kampf verstrickt. Auf der einen Seite steht Christus mit seinen Vertretern und Jüngern in der Kirche, vereint in heiligem Eifer und in Brüderlichkeit. Auf seiten der Kirche sind die rechte Lehre, die Wahrheit, Einigkeit und Frieden. Auf der andern Seite treibt der antichristliche Geist sein Unwesen, das aus Irrtum, falschen Auffassungen vom persönlichen und sozialen Leben, aus Anmaßung, Gewalt und Zwang, ja aus unseliger und verderblicher Unordnung besteht. Das ist die Bedingtheit unseres irdischen Lebens.

Geliebte Söhne Roms und der Welt, die ihr Uns hört! Die Aufgaben eines jeden sind klar umrissen. Daher ist es notwendig und richtig, sie ehrenhaft zu erfüllen. Das erfordert Verantwortungsbewußtsein, sittlich einwandfreies Verhalten, Kompromißlosigkeit und unbedingte Aufrichtigkeit in Gedanken und Tat vor Gott und den Menschen. Uns richtet die Sicherheit auf, daß der Herr zu seinen Verheißungen steht und uns schon hier auf Erden die Gaben